

08.07.22

Antrag des Freistaats Thüringen

Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften

Punkt 52 der 1023. Sitzung des Bundesrates am 8. Juli 2022

Der Bundesrat möge die folgende EntschlieÙung fassen:

Die hohen Energiepreise stellen die privaten Haushalte vor enorme Belastungen. Das gilt insbesondere für einkommensschwache Haushalte, die von Sperrungen ihres Strom oder Gasanschlusses bzw. von Kündigungen bedroht sein könnten. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf:

- weitere Entlastungen für bedürftige Bürgerinnen und Bürger sowie für von den gestiegenen Energiekosten stark betroffene Unternehmen auf den Weg zu bringen;
- zu prüfen, ob die Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags für solche Wohnungsunternehmen ausgesetzt werden kann, die auf Grund einer nicht oder nicht vollständig erfolgten Weitergabe von Energieebenkosten drohen in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten oder alternativ diesen Unternehmen KfW-Kredite anzubieten, um ihre Liquidität aufrecht zu erhalten;
- analog zu den Regelungen in der COVID-19-Pandemie eine gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen, die Mieterinnen und Mieter, die auf Grund der stark gestiegenen Energiekosten in Zahlungsverzug geraten, vor Wohnungskündigungen in einem befristeten Zeitraum schützt.